

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

244 (21.10.1925) Badischer Zentralanzeiger für Beamte Nr. 42

# Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger  
Organ verschiedener Beamten-Vereinigungen

Nr. 42 Preis: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Goldpfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Goldpfennig zusätzlich Porto vom Verlage Karlsruhe i. B.,  
Karlriedelstraße 14, bezogen werden. 21. Oktober 1925

## Aus dem Hauptbeamten- ausschuß beim IRPM

Auslegung des § 25 des Erlasses über Bildung und Auf-  
gaben der Beamtenauschüsse. Der Vorsitzende eines Postamts  
hatte beantragt, auch an den engeren Sitzungen des ört-  
lichen Ausschusses teilzunehmen oder sich vertreten zu lassen.  
Die Beschwerde des Bezirksbeamtenauschusses bei der zustän-  
digen OBD war vergeblich; die OBD trat der Auffassung  
des Amtsvorstehers bei. Vom Geschäftsführenden Ausschuß  
des IRPM, an den die Angelegenheit herangetragen war, wurde be-  
schlossen, in einer Eingabe das IRPM um Aufhebung der Ent-  
scheidung der OBD zu ersuchen, da sie dem klaren Sinne der  
Bestimmung widerspricht.

**Pauschalgebühren für die Beschaffung von Amtsbedürfnissen  
durch Amtsvorsteher.** Der GA gab den Antrag eines Amts-  
vorstehers aus der Gruppe V und durch weibliche Beamte  
allgemein ausgesprochen. Er schlug vor, in den Fällen, wo  
Beamte der Gruppen VI und VII beim Postamt nicht vor-  
handen sind, Beamte dieser Gruppen von anderen Postämtern  
zur Vertretung heranzuziehen. Besonders sollten solche Be-  
amte in Frage kommen, die sich um Amtsbedürfnisse be-  
mühen. Der GA beschloß nach längerer Aussprache, die übri-  
gen Amtsvorsteherauschnisse in der Sache zu hören und sie  
weiter zu befragen, ob eine allgemeine Regelung überhaupt  
notwendig erscheint.

**Beschaffung von Fahrrädern für Postbeamte.** Von einem  
Bezirksbeamtenauschuß lag der Antrag vor, dafür einzutret-  
en, daß auch den Postbeamten die Beschaffung von Fahr-  
rädern in der gleichen Weise wie den Beamten der Telegra-  
phenbauämter ermöglicht werde. Bei der Behandlung des An-  
trags kam zur Sprache, daß das IRPM eine Organisation  
erst kürzlich der Bescheid erteilt habe, daß die Ausdehnung  
der Maßnahme auf andere Beamte nicht in Frage komme.  
Mit Rücksicht hierauf wurde beschlossen, die Angelegenheit vorläufig  
zu verlegen.

**Überwachung der Bahnpostbeamten.** An den GA gelangte  
Klagen über die Art der Ausführung der Pf. des IRPM vom  
6. Mai 1924 (Durchsuchung der Reisetassen usw. der Bahn-  
postbeamten) veranlaßten den GA, neuerdings zu einer ein-  
gehenden Erörterung dieser Frage. Dabei wurden auch von  
beteiligten Seite vorgelegte Nachschautafeln als Material be-  
nutzt. Die Aussprache führte zu dem Beschluß, die Ange-  
legenheit mündlich mit dem IRPM zu behandeln und zu er-  
rechen zu suchen, daß die Durchsuchungen nur durch Beamte  
des vorgelegten Amtes unter Einwirkung des OBD vor-  
genommen werden.

Zu den Darlegungen des GA. führte der Vertreter des  
IRPM folgendes aus: Bei den Untersuchungen handelt es sich  
um Maßnahmen, zu welchen die Verwaltung durch die  
Verhältnisse gezwungen wurde. Sie haben den Erfolg gehabt,  
daß die Zahl der Paketverluste stark zurückgegangen ist;  
der Friedensstand ist aber noch nicht erreicht. Auch die Zahl  
der Briefverluste ist verhältnismäßig hoch. Die Verwaltung  
muß mit allen Mitteln dagegen vorgehen. Selbstverständlich  
soll tatvoll vorgegangen werden. Bedauerlicherweise sind  
Übergriffe vorgekommen. Was die rechtliche Seite der An-  
gelegenheit anbelangt, so dürfen körperliche Durchsuchungen  
nur vorgenommen werden, wenn die Voraussetzungen nach  
der Strafprozessordnung vorliegen. Im übrigen ist der  
Standpunkt des IRPM folgender: ein Beamter muß sich  
auch ohne besonderen Verdacht — gefallen lassen, daß die ihm  
amtliche Geheiß zur Verfügung gestellten Gegenstände (Kleider-  
schilde usw.) oder die von ihm mitgebrachten Behälter usw.  
einer Durchsuchung unterzogen werden. Das gehört zur Auf-  
rechterhaltung der Dienstzucht. Der Begriff des Verdachtes  
ist sehr unbestimmt. Es wird immer auf das Ermessen des  
durchsuchenden Beamten — auch bei den Überwachungsbeam-  
ten — ankommen. Die Durchsuchungen sollen natürlich in  
vernünftiger Weise vorgenommen werden, wie das früher  
ohne Beanstandung auch geschehen ist. Die Untersuchungen  
durch das vorgelegte Amt werden nicht immer zweckmäßig  
und meist nicht erfolgreich sein, weil fast jedes Amt das eigene  
Personal für einwandfrei hält. Die Beamten der Überwa-  
chung haben sich dagegen zu Spezialisten ausgebildet und sind  
daher zur Ermittlung ungetreuer Beamten viel geeigneter.  
Ein Verdacht auf die Überwachung ist nicht möglich. Wenn  
die Verlustfälle auf den Friedensstand zurückgebracht sein  
werden, kann eine Einschränkung der Überwachungsstellen in  
Rücksicht gestellt werden. Die Veranlassung des örtlichen Aus-  
schusses ist nicht immer möglich, das verbietet oft die Um-  
stände. Die Eisenbahn hat ganz bedeutend mehr Überwa-  
chungsbeamte als die Deutsche Reichspost, die Durchsuchungen  
halten sich bei uns also in engen Grenzen. Der Referent  
machte dann noch nähere Mitteilungen über die Art und den  
Umfang der vorkommenden Verlustfälle, Defekte usw.

Von den Mitgliedern des GA. wurde auf die Ausführungen  
des Vertreters des IRPM erwidert, daß die Verwaltung selbst-  
verständlich verpflichtet sei, für die Sicherheit der ihr anver-  
trauten Sendungen zu sorgen, andererseits müsse aber auch  
das treue Personal gegen unbegründete Verdächtigungen und  
Misshandlungen geschützt und das Ehrgefühl gewahrt werden. Wei-  
ter wurde darauf hingewiesen, daß Krieg, Inflation, schlechte  
Bezahlung und die Helferwirtschaft viel zu den bedauerlichen  
Verlustfällen beigetragen haben. Ferner wurde nochmals  
in Erwägung darüber eingetreten, ob nicht zur Vermeidung  
einer unrichtigen Behandlung der Beamten bei der Kon-  
trolle davon ausgegangen werden könnte, ob die erlaubte  
Menge von Lebensmitteln nicht überschritten wird. Dann  
würde bei Ausübung der Kontrolle durch Amts- und Stellen-  
vorsteher usw. das kriminelle Moment ausgeschaltet und die  
Kontrolle beschränkt. Ergeben sich bei der Kontrolle Ver-  
dachtsgründe, dann könnte die Überwachung eintreten. Der  
Referent erklärte ein derartiges Vorgehen nicht für ausrei-  
chend. Nach weiterer Aussprache wurde zum Schluß von dem  
Vertreter des IRPM die Erklärung abgegeben, daß 1. das  
Bestreben der Überwachungsstellen nicht weiter ausgebaut wer-  
den soll; 2. in Aussicht genommen werden kann, die Kontrolle  
in Bahnposten des vorgelegten Bahnpostenämtern zu über-  
nehmen, wenn im Jahre 1925 die Verlustziffer merklich ab-  
nimmt.

## Zum Preisausschreiben für die wirt- schaftliche Gestaltung der öffentlichen Verwaltung

Zu dem in der letzten Nummer des Zentralanzeigers be-  
launten Preisausschreiben für Vorschläge zu einer  
wirtschaftlicheren Gestaltung der öffentlichen Verwaltung sind  
einige Gedanken geäußert worden, die hier Raum finden  
sollen.

Mancherorts steigen Zweifel über den Erfolg des Preisaus-  
schreibens auf wegen der Größe der Aufgabe, an die heran-  
zutreten ist und diesen oder jenen etwas abschrecken wird.  
Sollen doch nicht nur die Verhältnisse des Reiches, sondern  
auch der Länder, der Gemeinden, Verbände und sonstiger  
öffentlich-rechtlicher Verbände untersucht werden, eine Auf-  
gabe, die nur Männer lösen können, die selbst auf hoher  
Warte in leitenden Stellungen gestanden und sich bewährt  
haben. Auch zeitlich scheint die Lösung der Preisfrage fast  
unmöglich. Erst allmählich ist das Preisausschreiben bekannt  
und in der Fachpresse aufgenommen worden. Viele Beamte  
haben erst nach Rücksicht aus dem Urlaub, also vor wenigen  
Wochen, davon Kenntnis bekommen. Einreichungstermin ist  
aber schon der 15. November 1925. Auch aus diesem Grunde  
werden viele sich nur auf Vorschläge für ein Teilgebiet be-  
schränken müssen.

Dazu kommt weiter noch die Gefahr, daß dieselbe Arbeit,  
vielleicht viel besser, schon anderwärts getan sei, ja daß durch  
die Arbeiten des Reichspostkommissars manche Gebiete schon  
behandelt sind und daher eine Doppelarbeit geleistet werde.  
Die Ergebnisse seiner Tätigkeit sind noch zu wenig an die  
Öffentlichkeit gedrungen; sie sollten in einer Zeitschrift zu-  
sammengefaßt erst einmal weiteren Kreisen bekanntgemacht  
werden.

## Minister Dr. Stügel über Modernisierung der Reichspostverwaltung

Reichspostminister Dr. Stügel machte anlässlich der in der  
Berliner Universität am 6. 9. 25 veranstalteten 4. Post- und  
Telegraphenwissenschaftlichen Woche folgende Ausführungen:  
Die deutsche Reichspost befindet sich seit dem Inkrafttreten  
des Reichspostfinanzgesetzes in einer grundlegenden Um-  
stellung in formeller und sachlicher Beziehung. Vom 1. April  
1925 ab ist der Vorkurs der Rechnungsführung so  
eingeschränkt, wie es für ein nach kaufmännisch-wirtschaftlichen  
Grundsätzen zu führendes Reichsunternehmen überhaupt  
möglich ist. Der Beginn eines zweiten großen Abschnittes  
der Umgestaltung der Reichspost ist in den Richtlinien des  
neuen Wirtschaftserlasses niedergelegt. Unser Ziel ist eine  
Modernisierung der ganzen Reichspost und ihrer Verwal-  
tungs- und Betriebsrichtungen. Das gesamte Personal  
soll mit zeitgemäßen Wirtschaftsgewissen erfüllt werden. Die  
Post soll Helferin für Wirtschaft und Verkehr sein. Es gilt,  
noch tiefer einzudringen in die wirtschafts- und finanzpoli-  
tischen Zusammenhänge zwischen der Reichspost und ihrem  
Kundenkreis, der allgemeinen Wirtschaft. Als ein Mittel zur  
Vervollständigung dieser Kenntnisse sind die **postalischen  
Fortbildungswochen** anzusehen. Der Verwaltungsakademie  
Berlin gebührt Dank, daß sie mit unermüdlicher Kraft in  
voller Vertiefung der in einem geistigen und hochstehenden  
Verwaltungsamt ruhenden Kräfte die Wege ebnet, um  
der Postbeamtenerschaft in ihren freiwilligen Fortbildungs-  
bestrebungen Hilfe zu leisten. Darauf hielt Staatssekretär  
Sautter die erste Vorlesung über „Weltwirtschaftliche Probleme  
der Deutschen Reichspost“, wobei er in besonderer Weise die  
Verkehrspolitik, Verkehrsednnt, Exploitation, sowie auf die  
Frage des weltwirtschaftlichen Betriebsdienstes und der all-  
gemeinen Verwaltung näher einging.

## Behandlung der Personalangelegenheiten

Dem Amtsblatt der Reichspostverwaltung Nr. 29 ent-  
nehmen wir folgenden Erlass des Reichsfinanzministers vom  
6. 8. 1925 Nr. 411 P 17166/II A 13240:

Wir sind Mitteilungen zugegangen, die mir die Annahme  
nahelegen, daß nicht immer allen Beamten die von ihnen er-  
strebte Gelegenheit gegeben wird, persönliche Dienstangelegen-  
heiten bei ihren höchsten Dienstvorgesetzten des Landesfinanz-  
amtes zur Sprache zu bringen. Das würde nicht meiner  
Auffassung von der Behandlung der Personalangelegenheiten  
entsprechen. Ich lege den größten Wert darauf, daß das  
Vertrauen der Beamtenerschaft in die mit der Leitung ihrer  
dienstlichen Geschäfte betrauten Stellen ständig befestigt  
wird. Dazu ist kein Mittel besser geeignet, als in den Be-  
amten das Bewußtsein lebendig zu erhalten, daß sie jederzeit  
Gelegenheit haben, ihre persönlichen Interessen auch bei den  
leitenden Beamten des Landesfinanzamtes in persönlichem  
Vortrag zur Geltung zu bringen. Es sollte daher keinem  
Beamten die Möglichkeit genommen oder beschränkt werden,  
— solange er keinen unzulässigen Gebrauch von diesem Rechte  
macht — seine Anregungen, Wünsche, Klagen und Be-  
schwerden dem Abteilungsleiter und dem Präsidenten des  
Landesfinanzamtes vorzutragen.

Ich erlaube ergebnislos zu veranlassen, daß dieser Auf-  
fassung Rechnung getragen wird. Ein persönlicher, von  
gegenseitigem Vertrauen getragener Verkehr wird wesent-  
lich dazu beitragen, Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Per-  
sonalverwaltung zu beseitigen und Verwaltungsbeschwerden  
zu vermeiden oder sie einfach und zweckmäßig zu erledigen.

## Kampf der Reichsregierung gegen Kartellauswüchse

Nach fruchtlosem Verlauf mehrerer Beratungen mit einer  
Reihe von Verbänden hat sich die Reichsregierung zu schär-  
ferem Vorgehen gegen mehrere Preisstacheln und Kartell-  
verbände entschlossen und Klagen beim Kartellgericht eingereicht.  
Die Klagen richten sich gegen den Verein Deutscher Woll-  
kammereien und Kammergarnspinnereien, Berlin, den Verband  
sächsisch-thüringischer Webereien in Greiz, den Verband Deut-  
scher Heremwäschefabrikanten in Berlin, den Verband der  
Großhändler bunter Webstoffe und Reinewaren, Berlin, und  
schließlich gegen den Verband der Nordwestdeutschen Baum-  
wollwaren-Werkstätten, Berlin. Die Regierung geht also auf  
der ganzen vertikalen Linie der Textilindustrie vor. Es han-  
delt sich vor allem um die Frage, ob im inländischen Waren-  
verkehr noch in Valuta fakturiert werden darf oder ob dies

in Goldmark geschehen soll. Eigenartig ist, daß mehrere Ver-  
bände schon bei der bloßen Anfrage der Reichsregierung ge-  
neigt waren, ihre Bedingungen im Sinne des Vorgehens der  
Reichsregierung abzuändern.

## Die Gewährung von Notstandsbeihilfen an Beamte

In einer kleinen Anfrage der Zentrumspartei im Preu-  
ßischen Landtag wurde zur Sprache gebracht, daß in den Rich-  
linien des Reichsfinanzministeriums über die Gewährung von  
Notstandsbeihilfen an durch Krankheit und Tod in Not ge-  
ratene Beamte ausdrücklich gesagt sei, daß Erträge aus  
privaten Einrichtungen bei Bemessung von Notstandsbeihilfen  
nicht in Betracht gezogen werden. Nunmehr sei aber am  
15. Juni dieses Jahres ein Erlass des Reichsfinanzministers  
ergangen, demzufolge auch die Erträge aus privater Ver-  
sicherung vom Antragsteller angegeben und bei Bemessung der  
Notstandsbeihilfen berücksichtigt werden sollen. Die Verpflich-  
tung zu dieser Angabe bedeute bei der heutigen allgemeinen  
wirtschaftlichen Notlage der Beamten eine große Gefahr für  
Versicherungen, und der Erlass werde von der Beamtenerschaft  
empfohlen als eine Maßnahme zur Vernichtung der Vereins-  
wohlfahrteinrichtungen und der privaten Versicherungen.  
Das Staatsministerium wurde gefragt, ob es bereit sei, auf  
die Reichsregierung einzuwirken, daß der Erlass des Reichs-  
finanzministers vom 15. Juni dieses Jahres aufgehoben werde,  
und dafür zu sorgen, daß in die preußischen Vorschriften zur  
Gewährung von Notstandsbeihilfen diese Bestimmung nicht  
aufgenommen werde. Der Finanzminister beantwortete die  
Anfrage wie folgt:

„Die preußischen Grundsätze über die Gewährung von Not-  
standsbeihilfen stimmen im wesentlichen mit den für Reichs-  
beamte aufgestellten Richtlinien überein. Wegen Berücksich-  
tigung der Erträge aus privaten Versicherungseinrichtun-  
gen bei Bemessung der Notstandsbeihilfe enthalten auch die  
preußischen Grundsätze über die Gewährung von Notstands-  
beihilfen vom 28. März 1925 in Ziffer 6 Abs. 4 folgende Be-  
stimmung: „Bei der Bemessung der Notstandsbeihilfe sind  
etwa bewilligte Gnadenbezüge in Betracht zu ziehen, ferner  
der Nachlaß, soweit seine Veranlassung der Billigkeit ent-  
spricht, Privateinkommen, dienstliche Nebenbezüge und die nicht  
in Abzug zu bringenden Erträge aus privaten Versiche-  
rungseinrichtungen. Die im letzten Jahre gezahlten Beiträge  
zur privaten Versicherung sind den in Betracht kommenden  
tatsächlichen Aufwendungen hinzuzurechnen. Die Notstands-  
beihilfe darf aber nicht dazu führen, daß der Beamte mehr  
erhält, als er wirklich an Unkosten aufgebracht hat.“ Die An-  
rechnung der Versicherungsleistungen erfolgt hiernach nur in  
soweit, als diese zusätzlich der auf einen bestimmten Sonder-  
satz bemessenen Notstandsbeihilfe die dem Beamten tatsächlich  
entstandenen beihilfefähigen Unkosten unter Hinzurechnung  
der im letzten Jahre gezahlten Beiträge zur privaten Ver-  
sicherung übersteigen. Beim Eintritt eines Notstandes sind  
somit die versicherten Beamten gegenüber den nicht ver-  
sicherten immer noch im Vorteil. Außerdem erwerben sie  
durch die Zahlung von Krankentagebeträgen auch einen  
rechtlichen Anspruch auf die Leistungen der Versicherung.“

## Nachklang zur Beamtenversammlung am 12. Oktober d. J. in Karlsruhe

Die in Karlsruhe abgehaltene Beamtenversammlung  
ist vorüber, die Zeitungen haben der Pflicht des Chronisten  
genügt, über den äußeren Verlauf und die dabei gefasste  
Entscheidung zu berichten. Es ist aber vielleicht doch an  
Platz, auch einige Wahrnehmungen festzuhalten, die sich dem  
Teilnehmer bei nüchterner Betrachtung der Dinge förmlich  
aufgedrängt haben.

Einmal die Zusammenfassung der Versammlung. Die  
Mehrzahl der Teilnehmer gehörte den Kreisen aus den un-  
teren Befoldungsgruppen und der Pensionäre an. Sie leihen  
zweifellos am meisten unter der Niedrighaltung der Be-  
foldungsbezüge. In ihren Reihen beginnt sich seit geraumer  
Zeit angeichts der schroff ablehnenden Haltung der Reichs-  
regierung ein Radikalismus und Fatalismus Platz zu grei-  
fen, der verhängnisvoll werden kann. Entsprechend der Ohn-  
macht, in die diese Gruppen gedrängt sind, äußert sich ihre  
Abwehr in dem ihnen aufgezwungenen Kampf um die  
Lebensnotwendigkeiten immer mehr in einer fast feindseligen  
Haltung gegen alles, was sowohl für wie gegen sie unter-  
nommen wird. Ob Freunde der neuen Staatsverfassung aus  
solcher Gesinnung erwachsen, man möchte es bezweifeln.  
Daher aus den mittleren und höheren Beamtenkreisen Teil-  
nehmer in verhältnismäßig geringerer Zahl sich eingefunden  
haben, kann — abgesehen von den Organisations-Deinungen  
des höheren Beamten — dahin abgeleitet werden, daß in  
diesen Kreisen die Not nicht gar so stark auf den Nägeln  
brennt und daß da und dort in diesen Schichten die „beha-  
gliche Ruhe“ dem Treiben einer Protestversammlung vorgezogen  
wird. Doch wäre es verfehlt, aus der geringeren Beteili-  
gung dieser Beamtengruppen den Schluß zu ziehen, es  
herrsche unter ihnen jonnige Zufriedenheit über ihre Be-  
foldungsverhältnisse. Die auch aus den Verbänden dieser  
Gruppen in Eingaben hervortretenden Wünsche reden eine  
deutliche Sprache darüber, daß noch eine Menge von Härten  
und Ungleichheiten der Verteilung harren.

Von den beiden Referaten des Abends bedeuteten die Aus-  
führungen des zweiten Redners eine Abwägung in der  
Gesamtentwicklung der Versammlung. „Die Gesellschaft macht  
doch, was sie will“ oder „einmal hört die Gemütlichkeit auf“,  
das sind recht gemeinplätzig Redensarten, mit denen die  
berechtigten Ansprüche der Beamtenerschaft gewiß nicht vor-  
wärts gebracht werden, die auch unter den maßgebenden  
Personen keinerlei Eindruck machen werden.

Gerade nicht besonders erfreulich war die Haltung ein-  
zelner Versammlungsteilnehmer, die in der Diskussion schon  
gleich zu Anfang mit unziemlichen Zwischenrufen hörten.  
Parlamentarier sind gewiß an Zwischenrufe gewöhnt und  
nehmen solche, wenn etwas Geist oder Witz in denselben  
liegt, gewöhnlich gern auf; sofern die Zwischenrufe eine ge-  
wisse Pointe vermissen lassen oder gar, wie man sich an  
jenem Montagabend des Eindruckes nicht erwehren konnte,  
abgeschmackter Natur sind und niederen Bemühungen ent-  
sprangen, drücken sie das Niveau der Versammlung herunter.  
Zur Ehre vieler Versammlungsteilnehmer kann gesagt wer-  
den, daß jene Zwischenrufe größtenteils als Entgleisungen  
aufgefaßt wurden; man wird sie lediglich als Ausfluß einer  
gereizten Stimmung hinnehmen müssen.

# Was der Beamte für Familie u. Haushalt benötigt

**Pianos** Besuchen Sie mein Lager und Sie werden staunen über Preis und Qualität Teilzahlung gestattet 480

**Sprechapparate** **G. Kunz** KARLSRUHE Kronenstr. 10

**Karlsruher Lebensversicherungsbank A.-G.**  
Versicherungsbestand Herbst 1925: Mehr als 250 Millionen Mark

**Kunsthandlung Wandschmuck** für jeden Geschmack in reichster Auswahl

**MOOS** KAISERSTR. Nr. 187 Eigene Werkstätte für TELEPHON Nr. 994 Einrahmungen

**Nur noch Philippstr. 19** (Keinen Laden mehr) ist das seit 25 Jahren bestehende

**Möbel- u. Betten-Haus Heinrich Karrer**  
Straßenbahnlinie 1 und 2  
Eigene Schreinerei und Polsterwerkstätte  
Kein Laden — daher billige Preise  
Große Auswahl in Qualitätsmöbel aller Art  
Zahlungs-Erleichterung  
Bitte genau auf die Firma zu achten

**Karlsruhe - Mühlburg**

**SINGER NÄHMASCHINEN**  
Erleichterte Zahlungsbedingungen 479  
Ersatzteile - Nadeln - Oel - Garn - Reparaturen  
**SINGER CO. KARLSRUHE**  
Nähmaschinen Act-Ges. Kaiserstr. 124

Das **Tapeten-Haus** von **Rieger & Matthes Nchf.**  
Kaiserstraße 186 KARLSRUHE Fernruf 1700  
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in den neuesten Mustern  
Spezialität: **Stil- und Künstler-Tapeten**  
Muster stehen gerne zur Verfügung

**Umformen von Damen- und Herren-Hüten**  
nach den neuesten Modellen für Herbst und Winter  
Hut-Reparaturgesch. **G. Burlefinger, vorm. Dickten**  
Westendstraße 20b KARLSRUHE Telefon 860

**Möbel** Speisezimmer Herrenzimmer Schlafzimmer Küchen  
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus  
**Maijer Weinheimer**  
Karlsruhe Zahlungs-erleichterung. Kronenstr. 32  
Kein Laden, daher billigste Preise

**Spenglers Geschichts-Philosophie**  
Eine Kritik  
Von Prof. Dr. KARL SCHÜCK  
Preis M. - 75  
Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B.

## Bezugsquellen für den Bedarf der Behörden

**Stempel-Herdle**  
Waldstr. 44 KARLSRUHE Telefon 1133  
Kautschuk-, Metall- und Signier-Stempel, Email- u. Metallschilder  
Sämtliche Stempelutensilien  
Rascheste Lieferung  
Laden: Kaiser-Allee 41. Telefon 3981

**G. BRAUN KARLSRUHE**  
vormals G. Braunsche Holzbuchdruckerei und Verlag  
Karlfriedrichstraße 14  
Herstellung von Druckarbeiten  
für staatliche und städtische Behörden

**GEBRÜDER BACHERT**  
KARLSRUHE i. B.  
Liststr. 5 Tel. 443  
Glocken- und Metallgiesserei  
Eisen- und Tempelgiesserei

### Ed. Devrient zum Wenaufbau des Karlsruher Hofftheaters im Jahre 1852

Im Zusammenhange mit dem Wenaufbau, der jetzt vor meinen Augen am badischen Landestheater versucht wird, ist es sicherlich nicht ohne Interesse, — wenn auch aus geschichtlicher Distanz und unter wesentlich anderen Bedingungen — im Vergleich Eduard und Theresie Devrient's jene Stellen nachzulesen, die höchst lebendig und eindrucksvoll die Empfindungen und Absichten des damaligen Intendanten festhalten. Im Juli 1852 wurde Eduard Devrient, während seine Familie schon zum Sommeraufenthalte in das nahe Lösnitz gereist war, nach in Dresden durch den Besuch des badischen Gesandten in Berlin überrascht, der im Auftrage seines Hofes bei ihm anfragte, ob er nicht Direktor des Karlsruher Hoftheaters werden wolle, das mit der Eröffnung des neuen Schauspielhauses dem jetzigen Gebäude, das dann feierlich am 17. Mai 1853 eingeweiht wurde, auch innerlich neu organisiert werden sollte. Die Devrient dem Ruf folgte leistete, den er anfänglich überhaupt ablehnen wollte, da seine Annahme gleichzeitig Verzicht auf seine schauspielerische Tätigkeit bedeutete, machte er über Frankfurt und Mannheim eine Reise nach Karlsruhe, um sich an Ort und Stelle über die Verhältnisse zu orientieren. Die folgenden Bruchstücke sind den Briefen an seine Gemahlin entnommen, die er von Karlsruhe aus sehr ausführlich und regelmäßig über alles informierte, was seiner eigentlichen Ernennung voranging.

Karlsruhe, 16. August, abends.

Gegen 2 Uhr hier in Karlsruhe. Ja, etwas Neues hat die Stadt mit ihren breiten, langen, geraden Straßen, aber freundlich ist sie doch, und ein gewisses Behagen sieht wohl auch aus den weinlichen Häusern. An der Wiesstraße wenig Personen. Ich sah sie mit der Reihe nach an, ob es der Mühe wert sei, für die Leute Komödie zu bereiten, und schaute wie Maria Stuart: „o Gott, aus diesen Jüngen spricht kein Herz!“ Ich hatte mich dem Minister angekündigt, der mich um 4 Uhr erwartete. Ein diplomatisches Gesicht mit lnerer Sabichtsnase, etwas zu jung für sein weißes Haar. Er war höflich, aber reserviert, lehnt die Angelegenheit von sich ab, sprach sehr viel, besonders in Bewunderung des jungen Regenten (des späteren Großherzogs Friedrich I.), ich kam kaum dazu, ihm nachdrücklich darzulegen, wie ich die ganze Angelegenheit betrachte, und daß ich in Dresden erstaunlich zufrieden sei. Von da zum Domänenintendanten von Kettner, der vom Regenten speziell beauftragt ist. . . . . Anfangs gingen wir umeinander herum, wie Fehder, die einander anzufragen suchen, keiner wollte zuerst mit der Sprache heraus, ich wollte eine Vorlage sehen, er wünschte, ich möchte Vorschläge machen. Endlich ging ich auf die Sache los und fand ihn überall meiner Ansicht. Der junge Regent will wirklich eine starke, sachverständige Direktion haben und die mit allem Nachdruck ausrüsten. Herr von Kettner löste mir das Rätsel aus der Notwendigkeit, die man erkannt habe, dem verwitterten Zustand, der hier eingerissen sei, ein Ende zu machen. Sie sind hier durch langen Schaden so klug geworden, es endlich einmal in rechter Weise versuchen zu wollen. . . . .

Dienstag, den 17. August.

Meine Angelegenheit Ernennung, wie sie es alle nennen, alarmiert Hof und Stadt, man ist sehr neugierig, gespannt usw. Ich ging mit dem Intendanten ins Theaterbureau, der Kononierat, der jetzt die Dinge im Gang er-

hält, wurde mir präsentiert, ein bidlicher, unbedeutender Beamter, zwei Regisseure waren auch da, Kerle wie die Wanderschuhmacher. Alles trahfährte, und hinten und vorne ließ ich „Herr Direktor“. Anfangs verbat ich mir's, nachher mußte ich's, der Zeiterparnis wegen, gehen lassen. Ich ließ mir die Garderobe zeigen, weil die wie der Nähkästchen einer Dame ist, woran man sehen kann, ob sie ordentlich oder fiederlich wirtschaftet. Die Damengarderobe ärmlich, farg, aber gut in Ordnung, für die Garderobiere bin ich nun schon eingenommen. Die Männergarderobe ist nach dem Brande in interimsfischen Kammern übereinander gestopft worden, und an dem ganzen Fedel ist auch nichts. Der Herr Rat ging immer mit, und strich die Lumpen heraus und meinte, wie viel Herrliches und Neues da sei, ich aber fragte die Schneider, und die großen schwäbischen Kerle sagten grad heraus, daß seit dem Brande „gaa nig“ gemacht worden sei, worauf dann der Herr Rat sich auf das Rettungsboot einer einzigen neuen Sammetjacke zurückzog, die für „Fra Diavolo“ kürzlich angefertigt worden. . . . .

Nun ging's ins neue Theater. All das hat doch einen außerordentlichen Reiz, so vollständig neues Leben vor sich zu haben, das Atem und Bewegung verlangt. Denn neu muß hier alles werden, das sehe nicht nur ich, das sagt jedermann, vom untersten Subjekte bis zum Regenten hinauf. Eine Teufelsarbeit, aber wer's leisten kann, hat nachher wenigstens ein Stüchchen guten Bewußtseins davon. . . . .

Abends 10 Uhr. Ich komme aus dem Theater, das seit dem Brande in einem Drogenhause aufgeschlagen ist. Ja, es sieht wüst mit dem Wesen hier aus. Dies Theater in Schid zu bringen, ist eine Arbeit wie Berge versetzen, es gehört viel gläubiges Vertrauen dazu. . . . .

Karlsruhe, 20. 8. 1852.

Dieser Brief bekommt ein ganz anderes Gesicht als der letzte. Du wirst denken, ich habe meine Natur verändert und sei eine Windfahne geworden. Kannst Du Dir denken, daß ich von einem Prinzen entzückt bin? und fieh, ich bin es und behenne mich dazu. Heute früh kam noch ein Lafai mich einzuladen, um 10 Uhr fuhr ich hin. Was ist das für ein schöner, junger Mann, mit männlichen Zügen und rofiger Farbe und so hellen, blauen, treuen Augen, so freundlich, so bescheiden und doch so fest. Er wußte nicht genug von seiner Dankbarkeit zu sagen, daß ich gekommen sei und sprach über die Sache so verständig und so ohne alle die Präntenzen, die so bevorzugten Herren eigen zu sein pflegt, alles so gesund und so durch und durch vertrauenswürdig. Du kannst denken, daß ich mit ihm frei vom Herzen weg sprach, ihm geradezu sagte, daß die vielen Protektionen links und rechts, die übel angebrachte Güte und Gnade diese Auflösung der Theaterverhältnisse herbeigeführt habe, daß, wenn er nicht eine starke Direktion mache, wenn auch nur ein Schlupfwinkel gegen deren Autorität offen bliebe, seine ganze Absicht scheitern werde usw. Er versicherte dagegen, was nötig ist, hat mich jederzeit aufrechtig und unumwunden mit ihm zu sprechen, verscherte gern meine unmittelbaren Vorträge anzunehmen. . . . . Ich verspare mir, Dir die Details mitzuteilen, wenn ich die Sache erst in der Hand habe. Nun aber mein Herz, was ist die Folge von alledem? Ich glaube, wir müssen hierherziehen. Wenn ich nur wüßte, Dir dies süddeutsche Potsdam annehmlich zu machen! Mir ist auch erschrecklich zu mut, wenn ich mir die Verwirklichung vorstelle: Dresden zu verlassen, mein liebes, heiteres, anmutiges, behagliches Dresden. Und doch, muß es nicht sein? Deut mittag habe ich den wicklichen Medalfleur der Landeszeitung kennen gelernt, Dr. Wolff. Er kennt alle Verhältnisse der Theater, auch die meingien, schlägt die Opfer hoch an, die ich mit meiner Hierherkunft brächte, aber meint, ich würde es tun müssen weniger um das, was gerade in

Karlsruhe auszurichten wäre, als zur Geltendmachung des Prinzips der künstlerischen Leitung. Und das ist der Punkt, denn so wie hier Dicht, Minister und Käse, Schauspieler und Publikum einem die Hände entgegenstrecken, darf man da ausweichen, weil man lieber wo anders wohnt? Gütig, das nicht die historische Forderung des Momentes ganz verkennen! Man sagt mir, die Tatsache meiner Direktion werde in ganz Deutschland wirken, auch ohne daß man nur wisse, was ich ausrichte, ich sei nun einmal die erste anerkannte Theaterintelligenz geworden. Wenn ich so ansehe, was in diesem unteren Winkel von Deutschland mein Name gilt, so möchte ich das alles nicht für bloße Schmeichelei halten, um so mehr bin ich aber gezwungen, nachzugeben. . . . .

Badisch-pfälzischer Volksbühnentag. Kürzlich fand in Offenburg die 2. Jahresversammlung der badischen und pfälzischen kulturellen Theatergemeinden statt. Adolf Gieseler sprach einleitend über badische Volkskultur, unter besonderer Berücksichtigung des Ortenauer Mummenschanzes, welchem sich das nord-dramatische Volk bereinst, Freibühne der Stadt“ geschaffen habe. Hans v. Jwehl-Frankfurt erläuterte die Aufgaben der heutigen Berufsühne, für deren besten Pflichten und modernen Spielplan der Verband in Verbindung mit dem Volke eintrete. Dr. Straub-Offenburg erklärte für das Kunstprogramm des Verbandes, das jede parteipolitische und konfessionelle Färbung ablehnt. Frau Krieger traten für Ausdehnung der kulturellen Arbeit sowohl in Mannheim wie in der Pfalz ein. Bogner Weinheim belegte an dem dort Erreichten die wichtigsten kleinen Orten, während Meißner-Karlsruhe das Interesse der kampfbereiten Bevölkerung betonte. Meusel-Weinheim protestierte gegen die Indulgenzhaftigkeit, die in Weinheim sogar an der Aufführung von Wildgans „Armut“ Anstoß genommen habe. Schramm-Freiburg i. Br. stellte fest, daß die dortige freie Volksbühne ganz besondere Erfolge erreicht habe. Intendant Dr. Krüger-Freiburg sagte weitere Förderung der badisch-pfälzischen Volksbühnen, daß die dortige Volksbühne mehr reud der Pfalzheim Theaterkrise ihre Lebensfähigkeit erhalten habe. Der Kassenbericht ergab, daß die finanzielle Lage der Volksbühnen die Verbreitung der Theaterkultur gestatt. Zum Vorort für Baden-Pfalz wurde Mannheim (1. Vorsitz) der Dr. Fuld-freie Volksbühne, M. Ba) wiedergewählt. In den Verwaltungsrat wurden Karlsruhe, Pforzheim, Freiburg Weinheim und Ludwigshafen delegiert.

### Zeitschriftenschau

„Die Kunst“ Monatshefte für freie und angewandte Kunst (J. Brudmann A.-G. München, Preis für das Vierteljahr 6.—) beginnt mit dem sechsten ausgegebenen Oktoberheft ihren neuen Jahrgang. Wie es dem Prinzip der Zeitschrift entspricht, bietet das Heft in anregender Abwechslung ein sinnvoller Komposition Werke älterer, neuer und neuester Kunst aus allen Gebieten des weiten Reiches freien und angewandten Kunstschaffens. Malerei, Plastik, Graphik, Architektur, Kunsthandwerk zieht die Zeitschrift gleichermaßen in ihren Interessenzkreis. Zu ausgezeichneten, allgemein verständlich geschriebenen Aufsätzen hervorragender Fachmänner bringt „Die Kunst“ besonders schöne Reproduktionen von Kunstwerken, z. T. in Vierfarbendruck und anderen edlen technischen Wiedergaben. Eindrucksvoll zieht diesmal die russische Malerei der letzten hundert Jahre vorbei, von Rembrandt und Raffinö bis zu Sewald Achenbach. In pflanzlichen Gegenstand steht der Überblick über die Malerei des Schweiz von Püßli bis zu Martin Landberg im Rahmen eines reichillustrierten Aufsatzes über die Große Schweizer Kunstausstellung in Karlsruhe.